

Arbeitskraftunternehmer, Ich-AG und „aktivierender Sozialstaat“¹

„Empire“ und die neuen Hierarchien des Arbeitsmarktes

Die von Negri und Hardt (N+H) in "Empire" verwendeten Kategorien sind schillernd, von zugegebenermaßen oft großer assoziativer und suggestiver Kraft, aber inhaltlich vage. Dies gilt auch für die Fragen nach dem Widerstand gegen die Arbeit und nach den Reformen der Arbeitsorganisation. Hier stehen „biopolitische Kontrolle“ und Herrschaft sowie eine „Befreiungssubjektivität der immateriellen Arbeit“ unvermittelt nebeneinander. (N+H 2002, u.a. 72ff)² Während die „biopolitische Kontrolle“ einerseits totale Züge annimmt, wird andererseits eine ungebrochene, gewissermaßen „reine“, Subjektivität der Befreiung behauptet. Die derzeitige historische Konstellation, die Neudefinition der Arbeitsteilung, technische Umwälzungen, neue Anforderungen im Arbeitsprozeß - all dies berührt diese Subjektivität nur von außen, durchdringt sie aber nicht. Für N+H sind die Revolten in und gegen die Lohnarbeit, die seit 1968 stattgefunden haben, in der aktuellen Herrschaft über die Arbeit vergegenständlicht, doch: „Die Kraft der lebendigen Arbeit, ihr ruheloses Aktivsein, ihr deterritorialisierendes Verlangen öffnet im Prozeß des Bruchs die Fenster der Geschichte.“ (65) Wie dieses „Verlangen der lebendigen Arbeit“ mit Formen der Unterwerfung in Gestalt einer „Entgrenzung der Arbeit“ konkret zusammenhängt wird jedoch nicht diskutiert.

Für die Autoren von „Empire“ ist die Möglichkeit der Befreiung in den Produktivkräften selbst aufgehoben, d.h. in letzter Instanz *technisch* gegeben, aber inhaltlich noch nicht verwirklicht. In dieser Hinsicht wiederholen N + H eine Vorstellung, die bereits mehr als 150 Jahre alt ist: Der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen als Motor der Befreiung. Die historische Entwicklung wird somit auch von N + H als Abfolge von „Formationen“ gedacht, wobei die heutige Situation als „höchstes“ (und „letztes“) Stadium gesehen wird.³ Dabei hat die Kategorie der „Vermittlung“ jede Bedeutung eingebüßt. Das „höchste Stadium“ stellt sich dar, indem das „virtuelle Zentrum des Empire“ nunmehr unmittelbar konfrontiert werden kann: „Je weiter das Kapital seine globalen Produktions- und Kontrollnetzwerke ausdehnt, desto mächtiger kann jeder einzelne Punkt der Revolte werden.“ (71)

So unvermittelt, wie sich "Kapital" und "Revolte" gegenüberstehen, so tun das bei N+H auch die Kategorien (Tausch)wert und Gebrauchswert. Der Widerspruch zwischen Gebrauchswert und (Tausch)wert wird zunächst von einem ökonomischen zu einem moralischen Problem umgemodelt: Die "immateriellen ArbeiterInnen" sind Produzenten und Kunden zugleich und „steuern durch ihre Wertschätzung den ökonomischen Prozess“. (Haug 2001, S. 206) Der "Gebrauchswertcharakter" der „immateriellen Arbeit“ ist das moralisch-ökonomische Fundament der Revolte. Das Entstehen des „Befreiungssubjektes“ ist damit auf einen positiv gewerteten Produktivismus verwiesen (und reduziert!). Ist der "Gebrauchswert" moralisch positiv aufgeladen, so die Form des (Tausch)wertes negativ: Kapital wird von einem gesellschaftlichen Verhältnis, das durch die Auseinandersetzung zwischen antagonistischen

¹ Der vorliegende Text stützt sich auf zwei Diskussionsstränge, die uns in den letzten 3-4 Jahren beschäftigt haben: Zum einen diskutierten wir die Restrukturierung der Arbeitsorganisation und die Neuzusammensetzung der Lohnarbeit im Rahmen der „New Economy“. Zum anderen beziehen wir uns auf die Debatte um den europaweiten Formwandel des Sozialstaates unter New Labour.

² Die Gegenüberstellung ist für die gesamte Konzeption des Buches von zentraler Bedeutung, vgl. u.a. S. 372ff. Zum Konzept der „immateriellen Arbeit“ auch Atzert 1998.

³ Kritisch hierzu: Holloway 2002, besonders Kapitel 9.

Kräften organisiert wird, zu einer „parasitären“ Fessel, die die „befreite Subjektivität“ nur noch zu sprengen habe. (vgl. Nowak 2002) Die Verknüpfung „produktiv“-„unproduktiv“ wird so zum überhistorischen Ausgangspunkt der Befreiung. Das für die Argumentation so entscheidende Subjekt entkommt diesem Produktivismus nicht: Es wird selbst zu einer Art Maschine, wie sich in der Figur des „Militant“ zeigt, die am Ende des Buches in die Geschichte hinein beschworen wird. (N+H, S. 418ff)

Aus der Kritik an dieser Vorstellung ergeben sich aus unserer Sicht vier Thesen zur Rolle von „Autonomie“ und „Subjektivität“ innerhalb der Neudefinition von Arbeitsorganisation und der Regulierung der Arbeitsmärkte:

1. Es gibt zwei gegenläufig Bedeutungen des Wortes „Subjekt“, zwischen denen streng unterschieden werden sollte: „1. Eine freie Subjektivität. Ein Zentrum der Initiative, das Urheber und Verantwortlicher seiner Handlungen ist; 2. Ein unterworfenen Wesen, das einer höheren Autorität untergeordnet ist und daher keine andere Freiheit hat, als die der freiwilligen Anerkennung seiner Unterwerfung“. (Althusser 1977, S. 148) Die Neudefinition der Herrschaft über die Lohnarbeit geht mit dem Ziel einher, dass diese Unterwerfung nach Möglichkeit *in der Form der Freiwilligkeit* geschehe. Damit sind beide Formen von Subjektivität niemals „rein“ vorhanden. In der Analyse geht es deshalb in erster Linie darum, den *Prozeß* zu begreifen, durch den hindurch die zusammengesetzte „Subjektivität“ produziert wird. Dieser Prozeß ist - als Kampf um die Verwertung von lebendiger Arbeit - keine historisch neue Erscheinung. (vgl. Bosch/Rehmann 1979)
2. Die Strategien, die *aktuell* die Herrschaft über die lebendige Arbeit sichern sollen und die als Etablierung von „Arbeitskraftunternehmern“ oder als „Aktivierung“ gekennzeichnet werden, müssen als Ausdruck einer zeitlichen und räumlichen Ausdehnung der Lohnarbeit gesehen werden. Mit der „Entgrenzung“ der Warenproduktion wächst der Druck in Richtung einer Neuordnung der Arbeitsteilung in und zwischen den Betrieben. Die Warenproduktion dehnt sich in die Sphäre der Reproduktion aus, affirmative und kommunikative Fähigkeiten werden in Wert gesetzt. Das, was N + H als „immaterielle Arbeit“ bezeichnen, ist eine Chiffre dieser Inwertsetzung. Die „neuen Kontrolltechniken“, die die „Entgrenzung“ der Arbeit erzeugt und notwendig macht, sind allerdings funktional nach wie vor an die Verwertung der lebendigen Arbeit gebunden. Eher als von einem neuen „Arbeitsregime“ wäre daher von „Projekten“ zu reden, die die „Entgrenzung“ der Lohnarbeit regeln sollen (und an dieser Aufgabe immer wieder scheitern).
3. Der Prozeß der ökonomischen und politischen Neuzusammensetzung der Lohnarbeit ist prinzipiell offen. Seine eine Seite ist die Aufrechterhaltung und Verfestigung der Spaltung der Lohnarbeit, die zu den systematischen Voraussetzungen der Kapitalakkumulation gehört. Die andere Seite ist die mögliche und real immer wieder praktizierte Aufhebung dieser Spaltung, die durch kollektive Erinnerungen an erworbene soziale Ansprüche und neue Formen der Solidarität zwischen den verschiedenen Gruppen der Beschäftigten vermittelt ist. Dabei ist der Prozeß der Neuzusammensetzung weder auf die traditionelle Industriearbeit noch auf neu entstandene wie den IT-Sektor begrenzt. Er findet überall statt, hat spezifische Ausformungen, aber keinen privilegierten Ort. Die Entwicklung einer neuen dominanten Figur ist nicht in Sicht.⁴

⁴ Die Bestimmung einer solchen „dominanten“ Figur ist immer problematisch, auch in Bezug auf ein „(fordistisches) Arbeitsregime“. Welche Merkmale dieses „Regimes“ sind „typisch“, welche nicht? Wie bezieht sich die Analyse dabei auf jeweils historisch-konkrete Herrschaftsformen, die „fordistische“ Merkmale tragen? Immerhin weisen in Deutschland unterschiedliche Gesellschaftsordnungen, vom Nationalsozialismus bis zum

4. Eine Untersuchung der Veränderungen in der Art und Weise, wie Arbeitskraft verausgabt wird, bleibt unvollständig, wenn die (sozial-)staatliche Regulierung der Reproduktion der Ware Arbeitskraft nicht mit betrachtet wird. Wir interpretieren auch den Formwandel des Sozialstaates zum „aktivierenden Sozialstaat“ der Gegenwart als Versuch, sogenannte Blockaden, Rigiditäten und Inflexibilitäten auf Seiten der lebendigen Arbeit zu brechen. Der „aktivierende Sozialstaat“ zielt auf umfassend flexibilisierte Individuen und verallgemeinert die Leitfigur des sich selbstverwertenden „Arbeitskraftunternehmers“ auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene. Insofern sich aber das Ideal vom flexiblen Menschen an der Realität bricht, gerät die sozialstaatliche Aktivierung zu einem Gewaltakt. Die sozialstaatliche Regulierung der Reproduktion der Ware Arbeitskraft verläuft mehr denn je in Formen der direkten Kontrolle und des direkten Zwangs.

1. Freie Subjektivität und „tayloristische“ Sozialtechnik

Gülay Toksöz hat 1991 Interviews mit Frauen aus der Türkei und Jugoslawien veröffentlicht, die in zwei Berliner Metallbetrieben überwiegend im Einzel- oder Gruppenakkord am Fließband arbeiteten. (Toksöz 1991) Die Texte zeigen die Auseinandersetzung um Freiräume, die freiwillige Unterordnung sowie die direkte Konfrontation mit betrieblichen Vorgesetzten sehr anschaulich. Die Frauen beschreiben, wie sie in der Arbeitsmigration eine Verbesserung der eigenen materiellen Lage und eine größere Unabhängigkeit suchen. In der Bundesrepublik angekommen, verengt sich diese Perspektive auf Beschäftigungschancen in einem sehr beschränkten Bereich von körperlich anstrengender und vergleichsweise schlecht bezahlter Arbeit. Aber auch gegenüber der „Fabrikdespotie“ finden die Frauen zu Formen der Solidarität und verteidigen ihre Eigenständigkeit. Dabei werden Kontakte innerhalb der Community ebenso genutzt wie die Rechte, die sich aus Tarifverträgen ergeben. Letztere, wie z.B. Urlaub, „Bandpausen“ oder gewerkschaftliche Rechte, müssen allerdings immer wieder neu erkämpft werden. Toksöz nennt eine ganze Reihe von Beispielen, in denen deutlich wird, dass die Aufspaltung in verschiedene Arbeiter/innen/gruppen (deutsche Vorarbeiter, migrantische Bandarbeiterinnen u.s.w.) funktioniert. Gleichzeitig zeigen die Interviews, wie diese Spaltung immer wieder durch solidarisches Verhalten und individuelle Resistenz durchbrochen wird: langsam zu arbeiten, für andere einzuspringen und - vor allem - in der Produktion erworbenes Wissen für einen Abbau der Arbeitshetze zu nutzen, sind nur einige Beispiele.⁵

Obwohl das Buch von Toksöz keine „hegemoniale Arbeitsform“, sondern die Perspektive einer im wissenschaftlichen Diskurs stark vernachlässigten Gruppe von Arbeiterinnen beschreibt⁶, kann es etwas Wichtiges zur Debatte über „tayloristische Arbeitsformen“ beitragen. Der Text ist ein gutes Beispiel dafür, dass es auch im Rahmen „repetitiver Fließbandarbeit“ niemals eine vollständige Unterwerfung der Arbeitskraft gab. Die Arbeitswissenschaft reagierte auf diesen Umstand mit einer doppelten Formalisierung der Arbeitsbeziehungen: Einerseits versuchte man, die Beschäftigten einer rigiden formalen *Kontrolle* zu unterwerfen, da sie „von Natur aus“ nicht bereit seien, die verlangte Arbeitsleistung zu erbringen. (vgl. Wompe 2000) Andererseits setzte man auf *Normierung*, d.h. auf „objektive“ und „gerechte“ Formen der Arbeitsbewertung, wie sie in Deutschland

Wohlfahrtsstaat der 1960er Jahre, wenn auch unterschiedlich verteilt, Züge „fordistischer Arbeitsregimes“ auf. Vgl. die Kritik an der Regulationsschule in Bonefeld/Holloway 1991.

⁵ Solche zunächst scheinbar „unpolitischen“ Formen der alltäglichen Aneignung müssen als Voraussetzung für die Artikulation von kollektiven Forderungen gesehen werden. Der Zusammenhang zeigte sich z.B. während der „Gastarbeiterstreiks“ der frühen 1970er Jahre. Vgl. u.a. Hildebrandt/Olle 1975.

⁶ Zur aktuellen Diskussion über die Geschichte der Arbeitsmigration in die BRD vgl. Bojadzjev 2002.

durch die REFA entwickelt wurden. Die Formalisierung und „Verwissenschaftlichung“ der Arbeitsbeziehungen zielt dabei zentral auf eine „freiwillige Unterwerfung“ (Althusser) ab. Die Botschaft der REFA-Studien war, dass es einen individualisierten, aber gleichzeitig „objektiven“ Maßstab für Arbeitsleistungen gebe. Die Funktion solcher Strategien war, die Segmentierung der unterschiedlichen ArbeiterInnengruppen abzusichern und zu verstärken. Im Idealfall sollte eine individualisierte Leistungsmessung mit kollektiver Akzeptanz verbunden werden.

Die Erkenntnisse der Arbeitswissenschaft wurden als Grundlage für Tarifvereinbarungen von den Gewerkschaften ganz überwiegend akzeptiert, seit den 1970er Jahren zunehmend auch mitgestaltet.⁷ Dennoch blieben die Kriterien der Leistungsbemessung im betrieblichen Alltag immer umkämpft. Jede technische Neuerung führte eine neue Auseinandersetzung um die angeblichen „objektiven“ Akkordsätze mit sich. Häufig verteidigten die Beschäftigten den „alten Akkord“ dabei als ihre Errungenschaft, manchmal traten sie sogar für Akkord- statt Zeitlöhne ein.⁸

Dies war keineswegs einfach reaktionär. Es ist wichtig, den Doppelcharakter von Forderungen nach „alten Akkordsätzen“ zu betonen. Die „moralische Ökonomie“ der Lohnarbeit konnte sich gerade auf der Grundlage entwickeln, dass es ein „Arbeitsregime“ im Sinne einer restlosen Vereinheitlichung der Arbeitsorganisation niemals gab. (vgl. Thompson 1980)⁹ So stand die handwerkliche Arbeit neben dem modernen industriellen Facharbeiter und diese neben der „Massenarbeiterin“ der Fließproduktion, oft in einer Branche oder sogar einem einzigen Betrieb. Was einerseits Grundlage der Aufspaltung der Belegschaften nach geschlechtsspezifischen, ethnischen und altersmäßigen Kriterien war, konnte andererseits Ausgangspunkt der Rebellion werden. Denn mit der „Ungleichzeitigkeit“ der Arbeitsformen blieb auch die Erinnerung an soziale Ansprüche erhalten, die man sich einmal erworben zu haben glaubte. Und schließlich trugen auch die Hoffnungen und Erwartungen, die mit der Mobilität der Arbeitskraft verbunden waren, dazu bei, dass die permanente kapitalistische Reform notwendig wurde - und immer wieder scheiterte.

2. Entgrenzung der Lohnarbeit und neue Kontrolltechniken

An einigen mittlerweile zum Museum oder zu Büros umgewandelten ehemaligen Fabrikgebäuden gab es aufgemalte Uhren, die den Arbeitsbeginn anzeigten, um an die Bedeutung der Pünktlichkeit zu erinnern. Die Werks sirene markierte Arbeitsbeginn und -ende sowie die kollektiven Pausen. Das Werkstor signalisierte den Übergang von der „öffentlichen“ in die „betriebliche“ Sphäre.

Heute sind Gemälde und Sirenen überflüssig, ja sogar hinderlich: Es kommt nicht mehr darauf an, dass die Lohnarbeit immer zur selben Zeit am selben Ort sein muß. Die Arbeitszeiten sind flüssig geworden: Der feste Arbeitsbeginn wurde zuerst abgeschafft. Dann wurden „Zeitkonten“ eingerichtet, die die Länge des Arbeitstages dehnbar machten. Schließlich wurde in einigen Sektoren die Gesamtdauer der Arbeitszeit an den Zyklus der Realisierung der Produkte am Markt angebunden.¹⁰

Das alte Werkstor, das in seiner Ordnung weisenden Funktion den Eingängen von Krankenhäusern, Gefängnissen u.s.w. ähnelte, verlor seine Bedeutung. Mit der Flexibilisierung hat auch die Art des Eintrittes in die Sphäre der Produktion ein neues Gesicht bekommen. Der Ort, der diesen Übergang früher markierte, ist zugleich aufgegeben und

⁷ Vgl. u.a. die Diskussion um den „Lohnrahmentarif II“ in Schiller-Dickhut 1987.

⁸ In der Literatur über die Streikbewegungen von 1967 bis 1973 in Europa finden sich zahllose Beispiele für solche Kämpfe, vgl. u.a. Albers/Goldschmidt/Oehlke 1971.

⁹ Zur „moralischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates“ siehe auch Abschnitt 4 dieses Textes.

¹⁰ Vgl. Sennett 2000, S. 57-81, zum Prinzip bereits Marx 1982, S. 245ff.

vervielfältigt worden. In vielen Sektoren haben sich neue Formen der Heimarbeit etabliert, beispielsweise durch Texterfassung am Computer. Gleichzeitig wurde ein weiterer Teil der Reproduktionsarbeit in Wert gesetzt, wie der Boom bei der Beschäftigung privater Haushaltshilfen zeigt: Überall Vermischung von Produktion und Reproduktion, überall neue Grenzen zwischen „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“.¹¹

In den industriellen Kernbereichen hat die Auslagerung vieler betrieblicher Funktionen an sogenannte Fremdfirmen das Verhältnis zwischen „innerhalb“ und „außerhalb“ der Fabrik neu definiert. Es entstand eine Hierarchie von Unternehmen, ein neues Verhältnis zwischen Firmenzentrale und Peripherie. Gleichzeitig sank die Fertigungstiefe der Betriebe, von denen aus die Produktionskette kontrolliert wurde. Im selben Rahmen wurden neue Grenzen *innerhalb* der Fabrik geschaffen. Die Neuordnung schaffte die Möglichkeit, einzelne Abteilungen oder sogar einzelne Beschäftigte zu „virtuellen“ oder tatsächlichen Unternehmern zu erklären.¹² Es ist wichtig zu betonen, dass ein Teil der Erklärung für die Ablösung „linearer“ Fertigung durch „Gruppenarbeit“ in der Inwertsetzung der Arbeitsbeziehungen innerhalb der Betriebe zu suchen ist.¹³

Die „fraktale Fabrik“ machte schließlich auch eine Neuordnung der *Bewegungen* innerhalb des Betriebes und damit eine neue Form der *Kontrolle* notwendig: Wo früher bestimmte Zonen durch Verbotsschilder abgegrenzt worden waren, werden nunmehr zunehmend individualisierte „Schlüssel“ in Form von Chipkarten vergeben. Diese machen es *möglich*, die Bewegungen der isolierten Produzenten in größter Genauigkeit aufzuzeichnen. Meistens *reduziert* sich die Kontrolle der Arbeitsprozesse jedoch auf Maßnahmen wie die Überwachung des Intra- und Internets oder die Aufstellung von Kameras in „sensiblen“ Bereichen. (Mitbestimmung 2002) Gleichzeitig wurden Teile des Betriebes als „Schaufenster“ für die Blicke der Kunden geöffnet. Während früher Abschirmung vor der Öffentlichkeit als bestes Mittel zur Sicherung vor Werksspionage etc. galt, geht die Tendenz heute zur Show der „gläsernen Fabrik“.¹⁴

Sinn machen diese Mechanismen u.a. dann, wenn man sie, ähnlich wie die gemalte Uhr an der Fabrik des 19. Jahrhunderts, als Teile einer symbolischen Ordnung sieht. Wichtig ist, dass den Produzenten die Anwesenheit der Kontrolltechniken in das Unterbewußtsein eingeht. Eine „objektive Verhaltenskontrolle“ wird durch die Einrichtung der Kontrollmechanismen zwar

¹¹ Die massenhafte Beschäftigung von oft illegalisierten oder halblegalen, MigrantInnen im Reinigungs- und im privaten Haushaltsgewerbe stellt in der Tat eine neue „Unterschichtung“ des Arbeitsmarktes dar: „*In privaten Haushalten sind derzeit lediglich 35.000 Personen regulär angestellt und 732.000 Personen geringfügig beschäftigt. Nach Schätzungen ist aber davon auszugehen, dass 2,5 Millionen bundesdeutsche Haushalte regelmäßig und 1,4 Millionen gelegentlich eine Putzhilfe in Anspruch nehmen.*“ Vgl. Heubach 2000, auch zu den Arbeitsbedingungen der illegalisierten „immateriellen Arbeit“.

¹² Marx beschreibt solche Arbeitsformen allerdings schon in der zweiten Hälfte des vorletzten Jahrhunderts. Das, was im Ersten Band des Kapitals als „Sweating-System“ beschrieben wurde, wird heute etwas milder als „Franchising“ oder „Subcontracting“ bezeichnet. Das Ergebnis bleibt sich gleich: „*Die Exploitation der Arbeiter durch das Kapital verwirklicht sich hier vermittelt der Exploitation des Arbeiters durch den Arbeiter.*“ Marx 1982, S. 574ff, S. 577. Der Abschnitt des „Kapital“ verweist übrigens darauf, das „Sweating“ selbstverständlich die Form des „Stücklohns“ voraussetzt. Für die aktuelle Form des „Arbeitskraftunternehmers“ gilt dasselbe, wobei heute natürlich nicht mehr „Akkordlohn“, sondern „projektbezogene Vergütung“ o.ä. dazu gesagt wird.

¹³ Der „ganzheitliche“ Charakter der Gruppenarbeit soll die Illusion vermitteln, dass gemeinsam ein Produkt hergestellt (und verkauft) wird. Zur Geschichte der Gruppenarbeit in der Automobilindustrie vgl. u.a. Berggren 1995, in der BRD Schumann et.al. 1995: Die Autoren des „Trendreport Rationalisierung“ sagen viel über ihre eigene Perspektive, wenn sie einleitend formulieren: „*Aktivierung des shop-floor, also ausschöpfende Nutzung des Arbeitsvermögens nicht nur für maximale Null-Fehler-Ausbringung, sondern auch für kontinuierliche Prozeß-Optimierung: Wie kann das erreicht werden?*“ Für Schumann und seine Mitautor/innen ist noch Mitte der 1990er Jahre eine derartige „arbeitspolitische Innovation“ mit einer „Demokratisierung der Arbeitsbeziehungen“ identisch! Ebda., S. 17.

¹⁴ Ein ebenso illustratives wie erschreckendes Beispiel für diese Entwicklung ist die „gläserne Fabrik“ von VW in Dresden, wo Automobilarbeiter unter der Observation der illustren Käufer der von ihnen produzierten Luxusautos arbeiten, vgl. Honningfort 2001.

erleichtert, nach wie vor gilt die Hauptsorge jedoch der „freiwilligen Unterwerfung“. Gewerkschaftsnahe Verfechter der Betriebssicherheit haben diese diskrete Funktion der Kontrolle mit der Begründung begrüßt, dass die „Mitarbeiter“ die Notwendigkeit der „Betriebssicherheit“ internalisieren und damit direkte Repression überflüssig gemacht würde. (Mitbestimmung 7/2002, S.31ff)

Die neue Form der Überwachung der Arbeit ist komplementär zu den „Techniken des Selbst“, die eine „Entgrenzung“ der Arbeitszeiten gewährleisten sollen. Der mechanische Zusammenhang von Reiz und Reaktion wird abgelöst, und es kommt zu einem unmittelbaren Engagement der Produzenten in ihrem eigenen Interesse, das mit dem der Realisierung des Wertes der produzierten Waren auf dem Markt übereinstimmt. Glißmann und andere haben in diesem Zusammenhang von einer Umwandlung des direkten Kommandos über die Lohnarbeit in eine „indirekte Steuerung“ gesprochen. Während Vorgesetzte früher ein als äußerlich wahrnehmbares Hierarchieverhältnis verkörperten, sei der Unternehmer nunmehr „in den eigenen Kopf gewandert.“ (Glißmann 2000, 50-81)

Es ist allerdings zu betonen, dass es sich bei dem Bild vom „Unternehmer im eigenen Kopf“ um ein *Szenario* handelt, das sich in der Realität nicht bruchlos wieder findet. Zudem wäre es irreführend, die sozial-technischen Innovationen *als solche* für die Auslöser der Veränderungen zu halten, wie es die Interpretation der Reformen als „Übergang von der Disziplinar- zur Kontrollgesellschaft“ manchmal nahe legt.¹⁵ Beispielsweise sind seit einiger Zeit auch in der BRD viele Firmen dazu übergegangen, Vorschriften zu erlassen, dass die Chipkarten der „Mitarbeiter“ offen am Körper getragen werden müssen. In der unübersichtlichen Lage, die durch die „Entgrenzung“ der Produktion entstanden ist, müssen sich die „Mitarbeiter“ ständig als solche ausweisen können. Alle stehen in einem subtil organisierten Verdacht, potentielle Unruhestifter zu sein. Nach dreißig Jahren öffentlicher Diskussion über „neue Unternehmenskulturen“ und etlichen Feldzügen für eine „Kultur des Vertrauens“ erinnert das stark an das „alte“ tayloristische Menschenbild.

Auch die neuen Kontrolltechniken haben die Aufgabe, Widerständigkeit zu identifizieren. Gleichzeitig sollen Formen der „freien Subjektivität“ in „freiwillige Unterwerfung“ umgewandelt werden. Auch Formen der „indirekten Steuerung“ haben wesentlich die Funktion, den Doppelcharakter der Subjektivität immer wieder zu *vermitteln*.

3. Von der „schlanken Produktion“ zum „Arbeitskraftunternehmer“

Die „Reformen“ der Arbeitsorganisation konnten und mußten an Forderungen der Beschäftigten anknüpfen. Die Diskussion um die „Humanisierung“ der Arbeit, Versprechungen von „mehr Demokratie“ im Arbeitsprozeß u.s.w. wurden in einer Situation laut, in denen soziale Ansprüche aktuell waren, die in den Kämpfen der frühen 1970er Jahre entstanden sind. Voraussetzung für die „Reformen“ war zugleich, dass die Gewerkschaften lokal stark genug waren, ihre formulierten programmatischen Zielsetzungen in betriebliche Politik umzusetzen. Es ist deshalb kein Zufall, dass die Automobilindustrie zu einer Art „Schaufenster“ der „neuen“ Arbeitsorganisation wurde.¹⁶

Die „Fertigungsinseln“, die im Rahmen der Gruppenarbeit in der Automobilindustrie beispielhaft entstanden, waren häufig mit der Einführung von „Qualitätszirkeln“ verbunden, durch die eine ständige Verbesserung der Produktion erreicht werden sollte. Die „Verschlankung“ des betrieblichen Mittelbaus war aus Sicht der Unternehmer notwendig,

¹⁵ Negri und Hardt übernehmen das Konzept der „Kontrollgesellschaft“ in Anlehnung an Deleuze, vgl. Negri/Hardt 2002, S. 37.

¹⁶ N + H unterschätzen diese Vermittlungsfunktion der Gewerkschaften durchgehend. Zur Entstehung der Forderung nach „Humanisierung“ der Arbeit, vgl. Schauer 1983.

wenn im Rahmen der „Qualitätszirkel“ und des „Kontinuierlichen Verbesserungsprozesses“ (KVP) Rationalisierung in Eigenregie erreicht werden soll. Das Prinzip der „Profitcenter“ schaffte fast gleichzeitig quasi-marktförmige Beziehungen zwischen den einzelnen Abteilungen oder Gruppen der Fabrik. (vgl. Ortolani 2000) Die dadurch entstandene Konkurrenz reproduzierte sich außerhalb der Kernbelegschaften. Ein großer Teil der Arbeitsprozesse wurde ausgelagert, so dass eine Pyramide von Zulieferfirmen mit nach unten immer schlechteren und deregulierten Arbeitsbedingungen entstand.

In den letzten Jahren wird innerhalb der Gewerkschaften und anderswo die „Rückkehr zum Taylorismus“ befürchtet, da die Unternehmer dazu übergegangen sind, „alte“ und „neue“ Formen der Arbeitsorganisation flexibel zu handhaben. Gewerkschaftliche Autoren haben diese Entwicklung als Hinwendung zu „*autoritären betrieblichen Organisationsformen*“ beklagt. (alle Zitate aus: Kempe 2000) Die Unternehmenseite konstatierte dagegen, dass eine gewisse „*Standardisierung der Arbeit*“ nicht nur profitabler als das Prinzip der „*Ganzheitlichkeit*“ sei, sondern sich auch sehr gut „*mit der Freisetzung von Kreativitätspotentialen*“ vereinbaren ließe.

Bei DaimlerChrysler, Opel und VW setzte sich die Kombination verschiedener „arbeitspolitischer Elemente“ seit Mitte der 1990er Jahre überall durch. Die Entscheidungsspielräume der Gruppen sind seitdem überall auf „symbolische Kompetenzen“ (Urlaubsregelung etc.) reduziert worden, die Verbesserung der Arbeit wird hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt der „Standortkonkurrenz“ diskutiert. Die Gruppenleiter werden nicht mehr gewählt, oder wenn, dann haben sie bestimmte betriebliche Qualifizierungsmaßnahmen zu durchlaufen und setzen sich so von den anderen KollegInnen der Gruppe ab. Gleichzeitig sind die Vorgabezeiten für die Gruppen erheblich rigider geworden, teilweise wurden extrem kurze Taktzeiten wieder eingeführt.

Gruppenarbeit wird von den Beschäftigten in der Automobilindustrie heute überwiegend als „Schaufenster“ gesehen, dessen Auslage die Fortdauer von Entfremdung und Rigidität im Arbeitsprozeß verschleiert. Weniger als ein Zehntel der Betroffenen haben nach der Einführung von Gruppenarbeit die Aufhebung der alten Arbeitsteilung tatsächlich auch als Bereicherung erfahren. (Wompel 2000) Für den großen Rest der Belegschaften (und hier geht es lediglich um die Kernbelegschaften!) bedeutet die allseitige Einsetzbarkeit oft eher eine Art „Hypertaylorismus“ als ein „Job-Enrichment“. Die Konkurrenz innerhalb der Gruppen und damit die Ausgrenzung von Kranken und „Leistungsschwachen“ hat auf Grundlage der Orientierung an „sachlichen“ Zwängen des Produktionsflusses teilweise extrem zugenommen. (ebd.) Gleichzeitig formiert sich eine betriebliche Ideologie, innerhalb der die These, dass *Arbeit an sich*, unabhängig von ihrem konkreten Inhalt, Würde und Selbstachtung vermittelt, zum obersten Gebot wird. Ein Handbuch über die Arbeitsorganisation bei Mazda in Michigan vermerkt: „*Wenn Sie vor ihrer Maschine stehen und nichts tun, gewinnen sie keinen Selbstrespekt.*“ (ebd.)

Die reformierten industriellen Arbeitsformen sind heute zum Maßstab unterschiedlichster Branchen geworden.¹⁷ Trotz dieser Angleichung gibt es jedoch keinen geraden Weg von der „Gruppenarbeit“ in der Automobilindustrie zur Figur des „Arbeitskraftunternehmers“. Zwar sind Formeln wie „Projektarbeit“ sowie die Umstellung von Abteilungen auf „Profit-Center“ wichtige übergreifende Elemente der Diskussionen, sie werden im Dienstleistungssektor jedoch unter spezifischen Bedingungen umgesetzt, wie hier zunächst am Beispiel der „New Economy“ ausgeführt werden soll.

Das Gros der Betriebe, die zu diesem Sektor gezählt werden, wie Werbeagenturen, Grafikbetriebe und Online-Redaktionen waren vor dem Absturz des Jahres 2002 vielleicht

¹⁷ Für die Sozialarbeit schildert Andreas Schaaschuch einen Prozeß der „Industrialisierung“, der sich mit dem Modell der „neuen Steuerung“ verbindet, vgl. Scharschuch 2000. Für die Arbeit im Angestelltenbereich vgl. Glißmann 2000.

Goldgruben, jedoch nicht für die Beschäftigten. Sagenhaften Gewinnen der Anteilseigner standen Arbeitsbedingungen und Löhne gegenüber, die fast immer weit unter dem gesellschaftlichen Durchschnitt lagen.¹⁸ Die Akzeptanz von langen Arbeitszeiten, hohem Termindruck, wenig Urlaub etc. wurde durch die Hoffnung aufrecht erhalten, dass innerhalb der Arbeit eine Qualifikation erlangt werden konnte, die die Einzelnen für Jobs in der verhältnismäßig regulierten Großindustrie interessant machen könnte. Die Identifikation mit der neuen Technik und die Tatsache, dass die Betriebe am Anfang oft wie Kollektive wirkten, machten den vorläufigen Verzicht auf akzeptable Arbeitsbedingungen erträglich. Mittlerweile hat sich die Begeisterung, mit der vor einem Jahr in der Presse die Bereitschaft zur 60-Stunden-Woche gefeiert und die Gewerkschaften für überflüssig erklärt wurden, gelegt. Dabei wird der derzeit stattfindende Prozeß einer Konsolidierung, Re-Etablierung formaler Hierarchien und fester Arbeitsbedingungen von einer Welle von Firmenschließungen begleitet.¹⁹

Im Rahmen eines Projektes der Betriebsräte von IBM hat Wilfried Glißmann die Folgen der „indirekten Steuerung“ beschrieben, wie sie sich in den stärker regulierten Großbetrieben des Dienstleistungssektors darstellen. Die radikale Variante dieser Konzeption führt zu einer Konstellation, in der der einzelne Beschäftigte sein Produkt (oder „Projekt“) virtuell oder tatsächlich unmittelbar am Markt verkauft. Eine äußerliche Kontrolle der Arbeit (Stechuhren, Aufsicht durch Vorgesetzte etc.) kann unter diesen Umständen entfallen. Die Attraktion für die Beschäftigten ist zunächst, dass die kontrollierende und strafende Instanz des Vorarbeiters oder Abteilungsleiters verschwindet. Damit entsteht jedoch eine Verantwortlichkeit für die Realisierung der Waren am Markt, der die abhängig Beschäftigten strukturell nicht gerecht werden können.

Die Etablierung der indirekten Steuerung hat zur Folge gehabt, dass die KollegInnen aufhörten, auf ihre eigene Gesundheit und die Bedürfnisse der KollegInnen, mit denen sie zusammenarbeiten, zu achten. Auch dort, wo Stechuhren noch existieren, ist das Phänomen des „Ausstechens“ bekannt geworden, d.h. des Weiterarbeitens am „Projekt“ jenseits der registrierten Arbeitszeit. (ebd.)²⁰ Innerhalb solcher Verhältnisse, die in Formen der Arbeitssucht übergehen, wird eine Mischung aus *Befriedigung* und *Angst* artikuliert. Jedoch spricht auch Glißmann davon, dass die „indirekte Steuerung“ ein Modell sei, das nicht mit der Realität zu verwechseln ist: Ob Automobilindustrie, IT-Branche oder IBM, überall ist eine „komplizierte Verschränkung von alten und neuen Herrschaftsformen“ zu konstatieren. (ebd.)²¹

4. Krise sozialstaatlicher Regulierung und Aktivierungspolitik

¹⁸ Zu den Arbeitsbedingungen und individuellen Verhaltensweisen von ArbeiterInnen in der Boomzeit der Internet-Klitschen vgl. *ak* 2001.

¹⁹ Vgl. die zahlreichen Berichte auf: www.connex-av.de/forum_newmedia.

²⁰ Es ist allerdings wichtig zu bemerken, dass „Arbeitssucht“ kein völlig neues Phänomen ist. Sie kann auch im Rahmen „außengesteuerter“ industrieller Fertigungsprozesse auftreten: vgl. Toksöz, S.166.

²¹ Der Widerstand gegen die Zumutungen der neuen Arbeitsorganisation bleibt zunächst notwendig immanent. KollegInnen bei DaimlerChrysler in Hamburg haben die „Errungenschaften“ der Gruppenarbeit mit den Versprechungen konfrontiert, die zunächst mit ihr verbunden waren. Sie konstatieren, dass „*die Vereinbarungen zur Gruppenarbeit (...) faktisch nur dazu (dienten), die festen Regeln der Akkordarbeit, die einklagbar waren und einen gewissen Schutz boten, außer Kraft zu setzen*“. Aus der Äußerung ist mitnichten eine Sehnsucht nach der Akkordarbeit herauszulesen, sondern vielmehr die Forderung nach Standards, die der Verschärfung der Arbeitshetze etwas entgegen setzen könnten. Vgl. die Erklärung der Gruppe in www.labournet.de. In einigen Sektoren haben sich die Streikbewegungen des Jahres 2002 in der BRD explizit gegen das „Sweating“ durch die Spaltung der Belegschaften gewendet. Vgl. die Berichte aus der Bauindustrie und der Post in Arbeiterpolitik, Nr. 2, 2002.

Es ist sicherlich richtig, die widersprüchliche und fragile Herausbildung neuer Formen in der Organisation und Kontrolle der Verausgabung von Arbeitskraft in der konkreten Organisation des unmittelbaren Produktionsprozesses zu verorten. Allerdings ist es eine eher schlechte Tradition linker Wissenschaft, sich dabei im wesentlichen auf das zu kaprizieren, was unter die Rubrik "Industriesoziologie" oder "Soziologie der Arbeitsbeziehungen" fällt. Im Gegensatz zu einer solchen Beschränkung vertreten wir die Ansicht, dass die Analyse unvollständig bleibt, wenn die Seite der Reproduktion der Ware Arbeitskraft nicht mit betrachtet wird. Es sind nämlich nicht nur die Bedingungen in Fabriken, Betrieben und Büros, durch die die Arbeitskraft und ihre TrägerInnen materiell und ideologisch für die reibungslose Vernutzung in der Mehrwertproduktion zugerichtet werden.

Notwendig ist also eine Betrachtung der Totalität der materiellen und ideologischen Strukturen, Institutionen und Vermittlungsinstanzen, die zu einer spezifischen, jedoch in sich dynamischen und zerbrechlichen Form der alltäglichen Produktion und Reproduktion von Ausbeutung, von Unterwerfung unter (und Auflehnung gegen) die Anforderungen/Zumutungen des Verwertungsprozesses gehören. Damit rückt auch die Art und Weise in den Blickpunkt, mit der innerhalb des Arbeitsprozesses wie auch im allgemeinen gesellschaftlichen Zusammenhang die Verausgabung von Arbeitskraft wie ihre Reproduktion reguliert wird. Eine solche Betrachtungsweise führt zu der Auseinandersetzung mit den Veränderungen in der Sphäre der (sozial-)staatlichen Regulierung. Dies nicht zuletzt deshalb, weil sich in der konkreten Art und Weise der staatlichen Regulation sozialer Beziehungen auch der Zustand des gesellschaftlichen Diskurses über "die Arbeit" ausdrückt. M.a.W.: In der sozialstaatlichen Regulierung der Reproduktionsbedingungen der Ware Arbeitskraft schlägt sich materiell und ideologisch das momentane Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit nieder.

Es gehört heute zum linken Mainstream, den Übergang von den 60er und 70er Jahren ins 21. Jahrhundert als Übergang von einem "fordistischen" zu einem "postfordistischen" oder "toyotistischen" Akkumulationsregime zu beschreiben.²² Uns kommt es hier nicht auf eine Kategorisierung und Periodisierung sozialer Prozesse an, sondern darauf, dass die Veränderungen in der Organisation und Kontrolle der Ausbeutung verbunden sind mit einem Formwandel des Sozialstaates. (vgl. Hirsch 1995, 1998) Die Form der sozialstaatlichen Regulierung der Reproduktionsbedingungen der Ware Arbeitskraft hat sich bis heute zu einem "aktivierenden Sozialstaat" gewandelt, der inzwischen über alle (partei-)politischen Richtungen als ideologischer und materieller Bezugspunkt akzeptiert ist.²³ Entgegen einer landläufigen Kritik am "Neoliberalismus" ist der Kern dieses sozialstaatlichen Umbaus nicht so sehr der "Rückzug des Staates" oder der "Sozialabbau". Weder direkt noch indirekt hat sich der Staat aus der Regulierung der Mehrwertproduktion und der Reproduktion ihrer Rahmenbedingungen zurückgezogen. Der "aktivierende Sozialstaat" ist ein Staat, der sich explizit die Re-Regulierung sozialer Beziehungen auf die Fahnen geschrieben hat. Insofern ist er eine originär sozialdemokratische "Erfindung" gegen (neo-)liberale Ideologien. Allerdings ist der "aktivierende Sozialstaat" mit einer "neuen Sozialdemokratie" verbunden. Und New Labour und seinen ProtagonistInnen lag und liegt nichts ferner als die Rückkehr zum "Wohlfahrtsstaat". Der "aktivierende Sozialstaat" beinhaltet ganz im Gegenteil den bewußten Bruch mit der "moralischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates". (vgl. Gruppe Blauer

²² Vgl. Marco Revelli 1997, um einmal einen Autor zu nennen, der nicht von einem regulationstheoretischen Ansatz aus argumentiert.

²³ In internationaler und historischer Perspektive ist der "aktivierende Sozialstaat" natürlich kein einheitliches und uniformes Gebilde, eine Aussage, die erst recht für den "keynesianistischen Wohlfahrtsstaat" der 60er und 70er Jahre gilt. In unseren Augen ein wichtiger Grund, um mit solchen vereinheitlichenden Begriffen vorsichtig zu sein.

Montag 1996)²⁴ Er beinhaltet den Bruch mit einem Verständnis von "sozialer Gerechtigkeit", das sich als moralische und faktische individuelle Rechtsansprüche an soziale Sicherheit, gesellschaftliche Solidarität und materielle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unabhängig von der individuellen Lebenssituation artikuliert hat.

Das Vehikel für die Transformation des Sozialstaates ist die seit Mitte der 70er Jahre manifeste Krise der Staatshaushalte. Es wäre jedoch verkürzt, wollte man in der Krise des Wohlfahrtsstaates in den 70er und 80er Jahren nur den fiskalischen Aspekt explodierender Staatsausgaben sehen. Mindestens zwei der politischen Momente dieser Krise müssen hier benannt werden. Zum einen konnte die Massenerwerbslosigkeit sich u.a. nur deshalb in einer Krise der Staatsfinanzen und der Sozialausgaben niederschlagen, weil die sozialstaatlichen Regelungsmechanismen und institutionellen Rahmenwerke unter dem Aspekt einer raschen Anpassung an veränderte Verwertungsbedingungen eine „Rigidität“ und „Blockade“ darstellten, die nicht kurzfristig auszuhebeln war.²⁵ Massenerwerbslosigkeit musste u.a. auch deswegen staatlich alimentiert werden, weil es ein lebendiges Bewußtsein von sozialen Rechten und Rechtsansprüchen gab, die auch für Erwerbslose zu gelten haben. Das galt für die Zumutbarkeitsregelungen genauso wie für die Höhe und die Dauer von Lohnersatzleistungen. Die explodierenden Kosten der Massenerwerbslosigkeit reflektierten von daher nicht nur die bloße gestiegene Anzahl der Erwerbslosen sondern auch die Unmöglichkeit, schnell und flexibel Ansprüche an Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, an Berufsschutz, Rentenzahlungen etc. zu brechen. Wie mächtig diese Gerechtigkeitsvorstellungen sind, hat sich noch sehr viel später in den europaweiten Streikbewegungen ab Mitte der 90er Jahre gezeigt. In Frankreich, Italien, Griechenland (selbst in der Bundesrepublik) entzündete sich der offene Klassenkampf zunehmend an Fragen der Reproduktion der Arbeitskraft bzw. an Fragen der "sozialen Gerechtigkeit": Mindestlöhne, garantierte Einkommen, Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall, Kündigungsschutzbestimmungen, sichere Renten. (vgl. dazu Dieckmann 2001)

Zum zweiten reflektiert die Krise der Sozialausgaben auch den Umstand, dass in den 70er und 80er Jahren der Sozialstaat von einer nicht geringen Anzahl von ArbeiterInnen auch dazu benutzt wurde, sich zumindest phasenweise der Hetze, dem Druck und der Reglementierung des Arbeitsalltags zu entziehen. Die Kombination von Lohnersatzleistungen und Schwarzarbeit, die zwischenzeitliche "Auszeit" in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme o.ä., das selbstbewußte Einklagen sozialer Sicherheitsansprüche war nicht nur unter jugendlichen ArbeiterInnen verbreitet. Noch Mitte der 80er Jahre führt ein internes Papier der Hamburger Sozialbehörde den Anstieg der Sozialhilfeausgaben zu einem erheblichen Teil auf ein selbstbewußtes und informiertes Handeln der Hilfeberechtigten zurück. (v. Finteln 1984) Das, was je nach politischer Couleur als Finanzkrise, als Explosion der Sozialausgaben oder "Aufblähen der sozialen Hängematte" interpretiert worden ist, ist nicht zuletzt auch der Reflex einer Krise der Arbeit.²⁶ Der Formwandel der sozialstaatlichen Regulationsmechanismen ist unter diesem Blickwinkel eine Antwort von oben auf diese Krise der Arbeit und die sich hinter ihr verbergenden „Rigiditäten“. Der neue "aktivierende Sozialstaat" ist das Pendant zu den Experimenten, die auf der Ebene der Betriebe durchgeführt worden sind und werden, um diese „Rigiditäten“ zu brechen.

²⁴ zum Begriff der "moralischen Ökonomie" vgl. Fn 9.

²⁵ Der in der sozialpolitischen Debatte häufig benutzte Hinweis, dass die Sozialversicherungssysteme sich an einem fordistischen Normalarbeitsverhältnis und einer entsprechenden Erwerbsbiografie orientieren und angesichts neuer, flexibler und differenzierter Erwerbs- und Lebensentwürfen unangemessen seien, reflektiert auf andere Weise dieselben „Rigiditäten“.

²⁶ "Krise der Arbeit" meint hier die Konfrontation von Bedürfnissen wie Freizeit/Freiheit, "anders arbeiten" oder auch "Flucht aus der Arbeit" mit der tatsächlichen Arbeitsrealität in Büros und Betrieben.

5. Autoritäre Flexibilisierung im "aktivierenden Sozialstaat"

New Labour hat sich nicht zuletzt in Reaktion auf die "moralische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates" ausdrücklich positiv auf sozialstaatliche Regulierungsmechanismen bezogen, allerdings mit elementaren Veränderungen²⁷: Zum ersten wurde der Gedanke von sozialen Rechten und Rechtsansprüchen ersetzt durch einen autoritären Pflichtgedanken. "Keine Leistung ohne Gegenleistung", ein Motto der neuen Sozialstaatlichkeit, hebt ausdrücklich auf eine umfassende Pflicht zur Aktivierung bzw. eine umfassende Arbeitspflicht ab. Zweitens korrespondiert mit dem autoritären Pflichtgedanken und der sozialen Entrechtung eine enorme ideologische Aufwertung "der Arbeit". Dabei geht es wohlgerne nicht um konkrete Arbeitsinhalte, um Arbeits- oder Entlohnungsbedingungen, sondern um "die Arbeit" als abstraktes Prinzip. Die Arbeit an sich soll es sein, die "Würde" verleiht, die für das Selbstwertgefühl wichtig sei, an der sich gesellschaftliche Integration festmache. Die Arbeit wird zu einer moralischen Schlüsselkategorie für gesellschaftlichen Ein- und Ausschluss. Hieß es Anfang der 90er Jahre noch "Arbeit soll sich wieder lohnen", geht es jetzt quer durch alle politischen Parteien nur noch um "Arbeit, Arbeit, Arbeit". Ein drittes zentrales Moment des "aktivierenden Sozialstaates" ist der radikal verallgemeinerte Subsidiaritätsgedanke. "*Frage nicht, was der Staat für dich tun kann, frage, was du selbst tun kannst*", so faßt die Hamburger Sozialsenatorin diesen zentralen Punkt zusammen, der im Kern auf eine Pflicht zur Eigeninitiative und Eigenverantwortlichkeit hinausläuft.²⁸ In der Grundwertekommission der SPD wird gleichzeitig "Chancengleichheit" gegen "Verteilungsgerechtigkeit" ausgespielt. Während letztere als "unzeitgemäß", "leistungsfeindlich" und daher "ungerecht" gilt, reduziert sich "Gerechtigkeit" auf angeblich gleiche Ausgangsbedingungen für alle. Was jede/jeder dann aus diesen Startchancen macht, ist ihm und ihr selbst überlassen. Das Ergebnis solcher Prozesse einschließlich der zu erwartenden Ungleichheiten ist deshalb gerecht, weil jede/r die gleichen Möglichkeiten gehabt habe.²⁹ Der sozialstaatliche "Aktivierungsgedanke" verallgemeinert somit die neue ideologische Leitfigur des "Arbeitskraftunternehmers" und die individuelle Internalisierung der Marktlogiken aus der Sphäre des unmittelbaren Produktionsprozesses zu einem umfassenden gesellschaftlichen Leitbild. (Brütt 2001)

Seit der Bismarck'schen Sozialgesetzgebung ist die Arbeitsverpflichtung im Sozialstaatsgedanken strukturell angelegt. Im "aktivierenden Sozialstaat" wird sie jedoch nicht nur zu einer permanenten Anforderung, sondern darüber hinaus zu einer "Pflicht zur Eigenverantwortung" verallgemeinert und radikalisiert. Damit wird ein ganz real und materiell forciertes (sozial-)staatlicher Autoritarismus mit einem ideologisch aufgeladenem Individualismus kombiniert. Hinter diesem Regulationsmodus verbirgt sich die Vorstellung eines Staates, der "fördernd" individuellen Selbstverwertungsinitiativen und -strategien unter die Arme greift und solche Initiativen auch legitimerweise "fordert" bzw. fordern kann. Die autoritäre Zuspitzung dieser Forderung liegt darin, dass sie unmittelbar mit der Drohung verbunden ist, bei "Verletzung der Mitwirkungspflicht", "Arbeitsverweigerung" oder ganz allgemein bei "Fehlverhalten" den Betroffenen jegliche Existenzgrundlage zu entziehen. (vgl.

²⁷ Vgl. Dieckmann 1999; zur europaweiten Herausbildung einer sozialdemokratischen "Aktivierungspolitik" vgl. Gruppe Blauer Montag 2000; zum autoritären Charakter des "aktivierenden Sozialstaates" vgl. auch Trube/Wohlfart 2000.

²⁸ Schnieber-Jastram 2002. Dass diese Äußerung von einer CDU-Senatorin stammt, ist kein Widerspruch zur These vom "aktivierenden Sozialstaat" als New Labour-Projekt. Die positive Bezugnahme auf den Sozialstaat bei gleichzeitiger Übernahme der Inhalte und der Rhetorik der "Aktivierung" ist mittlerweile bis in rechtspopulistische Kreise hinein common sense, vgl. Gruppe Blauer Montag 2002.

²⁹ FAZ, 27.4.2000.

Völker 2002)³⁰ Die aktuellen Vorschläge der Hartz-Kommission zur Umgestaltung der Arbeitsvermittlung sind nach Form und Inhalt der Inbegriff einer "aktivierenden" sozialstaatlichen Regulierung. (Hartz-Kommission 2002) Es ist mehr als eine ironische Spitze, wenn KritikerInnen der Hartz-Vorschläge darauf hinweisen, dass Peter Hartz Personalvorstand des VW-Konzerns ist. Die Vorstellungswelt der Kommission und ihres Vorsitzenden ist von dieser Realität genauso geprägt wie von der Vorstellung der "atmenden Fabrik".³¹ Die soziale Phantasie der atmenden Fabrik ist der "flexible Mensch"³²

Die von Hartz anvisierte Ausweitung der Niedriglohnsektoren und der Leiharbeit zielt auf die unmittelbare Flexibilisierung der Verwertungsbedingungen, auf eine verstärkte Lohnspreizung, auf die Deregulierung von Arbeitsverhältnissen, auf ein Prinzip des "Hire and Fire". Der Flexibilisierungsgedanke geht aber noch weiter. Er bezieht sich auch auf die Flexibilisierung individueller Verhaltensweisen: die Bereitschaft, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen, die Bereitschaft, die eigene Arbeitskraft selbständig zu vermarkten und zu verwerten ("Ich-AGs"), die Bereitschaft, hoch mobil und ohne Rücksicht auf soziale und sonstige Bezüge die Arbeitskraft im ganzen Land zu verkaufen. Die Hartz-Vorschläge zur Neu-Regulierung des Arbeitsmarktes und der Arbeitsvermittlung und der "Aktivierungsgedanke" der sozialstaatlichen Re-Regulierung allgemein zielen auf die Produktion flexibilisierter Individuen und setzen diese gleichzeitig voraus. Ein Umstand, der etliche der Friktionen dieser Re-Regulierungsanstrengungen erklärt.

Im Frühjahr 1998, also kurz vor der Bundestagswahl äußerte sich Bodo Hombach, damals das unbestrittene Mastermind hinter Gerhard Schröder, zu den sozial- und arbeitsmarktpolitischen Perspektiven von New Labour Germany. Gegenüber dem SPIEGEL zeigte sich Hombach verwundert darüber, "dass überhaupt keine Arbeit zu haben (in Deutschland) offenbar immer noch höher geschätzt wird als ein 'McJob'".³³ In der Weigerung, für 5,60 DM brutto in der Stunde Kisten zu schleppen oder für 9 DM/Stunde Öltanks zu reinigen, sah Hombach eine "Verfestigung der Subventionsmentalität", der der "aktivierende Sozialstaat" zu Leibe rücken sollte. In einer Studie, die ebenfalls 1998 im Auftrag der hessischen Grünen erstellt wurde, ist von "spezifischen soziokulturellen Einstellungen" die Rede, die die mangelnde Akzeptanz von Niedriglohnjobs begründen, "unmoderne" Haltungen und Verhaltensweisen also, die gebrochen werden müssen. (Klopffleisch et al. 1998) Im Bemühen, alte "fordistische Rigiditäten" zu beseitigen, wird staatliche Arbeitsmarktpolitik vor allem zu einem Instrument der "schwarzen Pädagogik" und Disziplinierung: "*Grundlage der Beurteilung der Qualität*

³⁰ Die Kombination von "Hilfe zur Selbsthilfe" bzw. "Mobilisierung der Selbsthilfepotentiale" einerseits und massiven Leistungskürzungen sowie repressiven Zwangsmaßnahmen nimmt dabei durchaus planmäßigen Charakter an, wie etwa die Modernisierung der Sozialhilfepraxis zeigt, vgl. Hauer 2000.

³¹ Peter Hartz war auch der VW-Verhandlungsführer in den Verhandlungen mit der IG Metall zum sog. "5.000 mal 5.000-Modell". Ab Oktober dieses Jahres läßt VW im Werk Wolfsburg, unter der Federführung einer neu (aus-)gegründeten GmbH, einen Minivan bauen. Geworben wird mit der Neuanstellung von 5.000 Erwerbslosen. Dabei kommt ein Tarifvertrag zur Anwendung, der ausschließlich für diese GmbH Gültigkeit hat und die Produktion des Minivans (zunächst auf 3,5 Jahre befristet) gebunden ist. Das Lohnsystem enthält neben den 4.500 DM brutto als Grundgehalt eine Summe von 500 DM, die an die „Programmerfüllung“ geknüpft ist. Die Arbeitszeiten sehen nicht nur eine weitgehende Flexibilisierung vor, sondern auch ein kostenloses „Nacharbeiten“ bei Fehlern. Die „Aktivierung“ der Erwerbslosen soll nicht nur durch die SachbearbeiterInnen auf den Ämtern, sondern auch durch die Form der zukünftigen Arbeitsorganisation ausgelöst werden. Die Produzenten werden hier in einem von Gewerkschaften unterzeichneten Tarifvertrag in bislang ungekannten Maße für die Realisierung des Wertes der produzierten Ware unmittelbar verantwortlich gemacht. Material zum 5000 mal 5000-Modell bei VW findet sich bei www.labournet.de/branchen/auto/vw/5000; zur Kritik vgl. Adler 2001.

³² Vgl. Beier et.al 2002 zu diesem Aspekt der Hartz-Kommission; zum Begriff des "flexiblen Menschen" vgl. Sennett 2000.

³³ Der SPIEGEL, 41/1998.

öffentlich geförderter Beschäftigung ist der ... mögliche positive Stellenwert der Arbeit bei der Nachsozialisation (sic!) arbeitsloser junger Menschen." (Scheele 1999)³⁴ Schlechte Arbeitsbedingungen und Niedriglöhne an der Armutsgrenze sind in dieser Logik explizite Erziehungsmittel: "Gewährt man einem jung erwachsenen Mitarbeiter ... einen Lohn, der in keinem erkennbaren Verhältnis zur ... produktiven Leistung für das Unternehmen steht, fördert man gutmeinend Fehlsozialisationen und damit Anspruchsdenken an die Allgemeinheit und letztlich ein Leben außerhalb üblicher Berufsbiografien." (ebd.) Mit den "üblichen Berufsbiografien" ist jedoch nicht mehr ein fordistisches "Normalarbeitsverhältnis" gemeint, sondern schlecht bezahlte, gesundheitsgefährdende und entrechtete Arbeit in Niedriglohn-Sektoren. An dieser tristen und perspektivlosen Realität brechen sich immer noch die Ansprüche (jugendliche) Erwerbsloser. Sie orientieren sich an Vorstellungen von ihrem Traumjob, an alten Berufsbildern, an ihrer Qualifikation, an Arbeitsinhalten oder auch an ihren Konsumgewohnheiten. Genau diese Haltungen will die "aktivierende" Arbeitsmarktpolitik ablösen: "Beschäftigte in geförderten Arbeitsverhältnissen müssen unter Beweis stellen, dass sie bereit sind, zugunsten niedrig entlohnter Tätigkeiten das System zu verlassen." (ebd.)

6. Arbeitskraftunternehmer und "Ich-AG"

Die Kombination von "Aktivierung" und (Pflicht zur) "Eigenverantwortung" verschiebt die Perspektive im gesellschaftlichen Diskurs über Arbeit und Erwerbslosigkeit. Im "klassischen" keynesianischen Wohlfahrtsstaat gab es immer noch das Bewußtsein davon, dass Erwerbslosigkeit ein gesellschaftliches Problem mit gesellschaftlicher Verantwortung ist. In den Instituten der paritätisch finanzierten Sozialversicherungen scheint zudem der Gedanke an das "Verursacherprinzip" auf: Wenn Unternehmer zu gleichen Teilen in die Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung einzahlen, so erinnert das auch an die Verantwortung des Kapitals für soziale Risiken wie Krankheit, Altersarmut oder Erwerbslosigkeit. In der "Eigenverantwortung" der flexibilisierten Individuen geht dieser Gedanke verloren. Nicht Massenentlassungen sondern individuelles Fehlverhalten wird zur Ursache von Erwerbslosigkeit: *Fehlqualifikationen, Fehlsozialisation, individuelle Defizite, Suchtverhalten, Motivationsschwächen* u.v.m. In der Sprache der Arbeitsmarktpolitik wimmelt es demzufolge auch von medizinisierenden und psychologisierenden Begriffen wie "Diagnose", "Anamnese", "Prophylaxe", "Persönlichkeitsprofile", "Profiling" etc. Arbeitsmarktpolitik wird zu einer Form der medizinisch-psychologischen (Zwangs-)Therapie. Der "aktivierende Sozialstaat" löscht also die Bezugnahme auf gesellschaftliche Solidarität. JedeR ist ihres Glückes Schmied bzw. muss "an sich arbeiten". Die Rolle des Sozialstaates besteht darin, die Eigeninitiative "fordernd zu fördern". Neben dieser ideologischen Wirkungsweise läutet die neue Form der sozialen Regulierung aber auch ganz materiell einen Ausstieg aus dem Solidargedanken ein. Staatliche Transferleistungen sind immer weniger in der Lage, ihren EmpfängerInnen eine "menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben"³⁵ zu sichern. Sowohl in der Renten-, als auch in der Krankenversicherung ist der Weg in die Privatvorsorge vorgezeichnet. Gleiches gilt für die Arbeitslosenversicherung: Wer will in Zukunft noch in eine Sozialversicherung einzahlen, die neben einer permanenten Arbeitsverpflichtung und anderen Zumutungen allerhöchstens ein Jahr lang ein mageres Arbeitslosengeld gewährt und anschließend direkt mit der Sozialhilfe droht? Auch hier bahnt sich ein Grundmuster der Re-Regulierung der Reproduktionsbedingungen an: staatliche

³⁴ Detlef Scheele ist Geschäftsführer der größten kommunalen Beschäftigungsgesellschaft in Hamburg. Er gilt gleichzeitig seit Jahren als einer der wichtigsten arbeitsmarktpolitischen Vordenker der Hamburger Sozialdemokratie.

³⁵ Dies ist immer noch die Grundforderung des § 1 Bundessozialhilfegesetz.

Transferleistung auf niedrigstem Niveau (mit der Verpflichtung zu Gegenleistungen) plus privat finanzierte Eigenvorsorge.

Zur sozialstaatlichen Grundstruktur gehörte und gehört ein ganzes Arsenal von Sanktionsinstrumenten. Die Radikalisierung des Pflichtgedankens zur permanenten Arbeitsverpflichtung und zur Pflicht zur Eigenverwertung korrespondiert daher mit einer ebensolchen Radikalisierung der Sanktionsmittel bzw. mit der Radikalisierung ihrer Anwendung.³⁶ Dies ist gleichzeitig der deutlichste Hinweis darauf, dass der "flexible Mensch", der permanente "Arbeitskraftunternehmer" als soziales Paradigma real nicht oder zumindest nur sehr eingeschränkt existiert. Das Menschenbild, das sich hinter der "Aktivierung" verbirgt und mit ihr transportiert wird, ist die Vorstellung von ununterbrochener Produktivität und Verwertung: Arbeiten ohne Ende und Grenze, "lebenslanges Lernen" und Qualifizieren, permanente Bereitschaft, räumliche und soziale Bindungen jederzeit für einen Job aufzugeben. Es trägt deutlich terroristische Züge, zumal das Wesen der "Aktivierung" gerade darin besteht, dass sie die flexibilisierten Verhaltensweisen, die sie beschwört, erst produzieren muss. Ein Prozess, der auf staatlicher Seite den Einsatz offener Zwangsmittel notwendig macht. Im Frühjahr 2000 hat der SPD-Generalsekretär Franz Müntefering davon gesprochen, dass es "normal und zumutbar" sei, für einen Job von Mecklenburg-Vorpommern nach Bayern zu ziehen. Die neuen Zumutbarkeitsregelungen der Hartz-Kommission schreiben eine solche Mobilität vor. Für manche mag eine solche Flexibilität in der Tat normal sein und sogar den eigenen Bedürfnissen entsprechen. Für viele andere ist das jedoch aus den unterschiedlichsten individuellen und sozialen Gründen nicht der Fall. Die geforderte räumliche Flexibilität ist für sie genau so wenig eine wünschenswerte Alternative oder auch nur eine realistische Möglichkeit wie der flexible Wechsel in die Selbständigkeit.

So allgemeingültig das ideologische Leitbild des "Arbeitskraftunternehmers", des flexiblen Selbstverwerters der eigenen Arbeitskraft ist, so wenig stimmt es überein mit dem realen Verhalten von lohnabhängig Beschäftigten und Erwerbslosen. Wie auf der Ebene des Betriebs und des Büros auch ist die Wirksamkeit staatlich vermittelter Flexibilisierungsangebote ganz offensichtlich an eingegrenzte Teile der Erwerbslosen gebunden: an junge, gut ausgebildete, sozial ungebundene Personen. Bei den allermeisten der momentan 4 Millionen offiziell registrierten Erwerbslosen greifen diese Angebote nicht. Das Sanktionsarsenal des "aktivierenden" Sozialstaates zielt genau auf diese Menschen. Weit davon entfernt, allgemein vorherrschende Verhaltensweise zu sein, muss die postfordistische Flexibilität und Subjektivität *durchgesetzt* werden. Auf der Ebene der staatlichen Regulierung erfolgt diese Durchsetzung in aller Regel mit offenem Zwang und direkter Gewalt. Im Unterschied zu den Versuchen der "indirekten Steuerung" auf der Ebene des unmittelbaren Produktionsprozesses ist der "aktivierende Sozialstaat" trotz aller Rhetorik nach wie vor in erster Linie eine Institution mit externem Gewalt- und Kontrollcharakter. Dies nicht zuletzt auch deswegen, weil der "flexible Mensch" weder im Sinne von Richard Sennett noch im Sinne von Antonio Negri und Michael Hardt durchgesetzte gesellschaftliche Realität ist. Und das ist gut so, um abschließend einmal einen bekannten Sozialdemokraten positiv zu zitieren.

Literatur:

³⁶ Im April 2001 startete der Bundeskanzler seine Hetze gegen "Faulenzer". Er läutete damit eine breit getragene Kampagne für verschärfte Leistungskürzungen für "Arbeitsverweigerer" ein. Das damals aus der Taufe gehobene "Job-Aktiv-Gesetz" erfüllte diese Anforderung. Das Verhältnis zwischen "Sozialrechten" und "Sozialpflichten" wurde "neu justiert", wie es damals aus dem Bundesarbeitsministeriums hieß, vgl. Hauer 2001.

- Adler, Tom, 2001: "Die ‚kleine Revolution‘ zur Radikalisierung der Konkurrenz im Automobilbau. Das VW-Modell 5000x5000", in: *Sozialismus*, Heft 9, S.
- Althusser, Louis, 1977: *Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie*, Hamburg/Westberlin
- analyse & kritik, 2001: "Kulturloser Rockerhaufen. Aus dem Innenleben der New Economy", in: *ak. analyse & kritik*. Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 446, S.22.
- Arbeiterpolitik, 2002: "Lohnrunde vor dem Wahlkampf", in: *Arbeiterpolitik*, Heft 2, S. 1ff.
- Atzert, Thomas, 1998 (Hg.): *Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion*, Berlin.
- Bannas, Günter, 2000: "In der SPD stürmt der liberale Flügel", in: *FAZ*, 27.4.2002, S.3
- Beier, Angelika. et al. 2002: *Halbierung der Arbeitslosigkeit bis 2005? Mit Leiharbeit und Niedriglohn zum flexiblen Kapitalismus. Zur Kritik der Hartz-Kommission*, Hamburg.
- Berggren, Christian, 1994: *The Volvo Experience, Alternatives to Lean Production in the Swedish Auto Industry*, London
- Bosch, Herbert/Rehmann, Jan Christof, 1979: "Ideologische Staatsapparate und Subjekteffekt bei Althusser", in: *Argument Sonderheft 40, Theorien über Ideologie*, S. 105-130.
- Bojadzjew, Manuela, 2000: "Antirassistischer Widerstand von Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik: Fragen der Geschichtsschreibung", in: *1999, Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*, Heft 1, S. 125-153.
- Bonefeld, Werner/Holloway, John, 1991 (Hg.): *Post-Fordism and Social form, A Marxist Debate on the Post-Fordist State*, Hampshire/London
- Brütt, Christian, 2001: "Der Kapitalist in uns allen. 'Arbeitskraftunternehmer' als neues Leitbild der Ware Arbeitskraft", in: *ak. analyse & kritik*. Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 450, S. 32
- Dieckmann, Martin, 1999: "Auf dem 'Dritten Weg' ins 21. Jahrhundert? Überlegungen zur neuen Sozialdemokratie", in: *ak. analyse & kritik*. Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 431, S. 32
- Ders., 2001: "Von der Verteilungs- zur Aneignungsgerechtigkeit. Soziale Grundrechte gegen den aktivierenden Sozialstaat", in: *ak. analyse & kritik*. Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 446, S. 24
- v. Finteln, Margarete, 1984: *Zur Bedeutung des Sozialhilfemissbrauchs beim Anstieg der Sozialhilfeausgaben*, unv. Arbeitspapier der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Hamburg
- Gleißmann, Wilfried, 2000: "Die neue Selbständigkeit in der Arbeit, Maßlosigkeit und Ökonomisierung der 'Resource Ich' ", in: Peters, Jürgen, *Dienstleistungs@rbeit in der Industrie. Ein gewerkschaftliches Gestaltungsfeld*, Hamburg, S.50-81
- Gruppe Blauer Montag, 1996: "Der Sozialstaat zwischen Globalisierung des Kapitals und 'moralischer Ökonomie'", in: *ak. analyse & kritik*. Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 393, S. 27-28
- Diess., 2000: *Polder, Pölser, Sauerkraut. Die neue Sozialdemokratie in Europa und ihr Sozialstaat*, Hamburg, auch bei www.labournet.de.
- Diess.. 2002: „Revolution der Kleinbürger. New Labour, Rechtspopulismus und die Suche nach Hegemonie“, in: *ak. analyse & kritik*, Nr. 465, S. 22-23
- Hardt, Michael/Negri, Antonio, 2002: *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt am Main
- Hartz-Kommission, 2002: *Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. Bericht der Kommission*, Berlin, auch bei www.labournet.de.

- Hauer, Dirk 1999: "Das Sozialamt als Profitcenter. Zusammenstellung und Überblick über die 'Modernisierung der Sozialhilfesteuern' in Hamburg", in: Sozialpolitische Opposition Hamburg (Hg.): *BRothlos leben. Sozialhilfesteuern in Hamburg*, Hamburg, S. 7-43
- Ders., 2001: "Der Pate vom Arbeitsministerium. Riester plant Änderungen bei der Arbeitsförderung", in: *ak. analyse & kritik*, Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 449, S. 6
- Haug, Frigga, 2001: "Immaterielle Arbeit und Automation", in: *Das Argument* 235, Heft 2,
- Heubach, Renate, 2002: *Migrantinnen aus Mittel- und Osteuropa in ungeschützten Arbeitsverhältnissen*, Manuskript, Berlin
- Hildebrandt, Eckard/Olle, Werner, 1975: *Ihr Kampf ist unser Kampf. Ursachen, Verlauf und Perspektiven des Ausländerstreiks 1973 in der BRD*, Offenbach
- Hirsch, Joachim, 1995: *Der nationale Wettbewerbsstaat*, Berlin.
- Ders., 1998: *Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat*, Berlin.
- Holloway, John, 2002: *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*, Münster
- Hombach, Bodo, 1998: „Die neue Republik. Wagnis rot-grün“, in: *DER SPIEGEL*, 5.10.1998, Nr. 41/1998, S. 41-43
- Honningfort, Bernhard, 2001: "Gottes Werk und Piechs Beitrag, Volkswagen eröffnet in Dresden seine 'gläserne Manufaktur' für Luxusautos - eine Art Weihstätte", in: *Frankfurter Rundschau*, 11.12.2001
- Kempe, Martin, 2000: "Arbeiten im 1,3-Minuten-Takt!", in: *Mitbestimmung*, Heft 7, S. 18-21
- Kopfleisch, Roland et al., 1998: *Möglichkeiten des Wiedereinstiegs ins Erwerbsleben für Langzeitarbeitslose in Hessen*, Darmstadt,
- Marx, Karl, 1982: *Das Kapital. Erster Band*, Berlin/DDR,.
- Mitbestimmung, Magazin der Hans-Böckler-Stiftung, Heft 7, Düsseldorf 2002.
- Nowak, Jörg, 2002: "All together now. Empire: Postmoderne Hippies erklären die Globalisierung", in: *ak. analyse & kritik*, 464, S. 24-25
- Ders., 2000: "Automatische Autonomie?", in: *Das Argument* 235, Heft 2,
- Ortolani, Diego, 2000: "Arbeit weltweit. Neue Formen der Arbeitsorganisation im Kapitalismus", in: www.labournet.de/internationales.
- Revelli, Marco, 1997: *Vom "Fordismus" zum "Toyotismus". Das kapitalistische Wirtschafts- und Sozialmodell im Übergang*, Hamburg.
- Scharschuch, Andreas, 2000: "Kunden, Kontakte, Karrieren. Die Kommerzialisierung der Sozialen Arbeit und die Konsequenzen für die Profession“, in: Lindenberg, Michael (Hg.), *Von der Sorge zur Härte*, Bielefeld.
- Schauer, Helmut, 1983: *Tarifvertragliche Regelungen zur Verbesserung industrieller Arbeitsbedingungen, Die Arbeitspolitik der IG Metall am Beispiel des Lohnrahmentarifvertrages II*, Göttingen.
- Scheele, Detlef, 1999: *Gerecht gefördert. Anmerkungen zur Entlohnung von Jungerwachsenen ohne Berufsausbildung in der Beschäftigungsförderung*, Hamburg.
- Schiller-Dickhut, Reinerm, 1987: *Qualitative Tarifpolitik, Über Form und Inhalt der IG-Metall-Tarifpolitik zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Beschäftigungslage*, Diss., Bielefeld.
- Sennett, Richard, 2000: *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, 3. Auflage, Berlin.

Schnieber-Jastram, Birgit, 2002: "Zukunft der sozialen Arbeit in Hamburg", Vortrag beim Zentrum für Praxisentwicklung (ZEPRA) der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg am 22. Januar 2002

Thompson, Edward P., 1980: *Plebejische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. Und 19. Jahrhunderts*, Berlin.

Toksöz, Gülay, 1991: „*Ja sie kämpfen - und sogar mehr als die Männer*“. *Immigrantinnen - Fabrikarbeit und gewerkschaftliche Interessensvertretung*, Diss., Berlin.

Trube, Achim/Wohlfahrt, Norbert, 2000: *Der "aktivierende Sozialstaat" – Sozialpolitik zwischen Individualisierung und einer neuen politischen Ökonomie der inneren Sicherheit*, www.lichter-der-grossstadt.de.

Völker, Wolfgang, 2002: "Fordernde Beratung. Eine Aufforderung zum Widerspruch an die Adresse Sozialer Arbeit", in: *FORUM für Kinder- und Jugendarbeit*, Heft 3, S. 28-31

Wompe, Mag, 2000: *Vom Störfaktor zum Wettbewerbsfaktor- das unternehmerische Menschenbild im Strudel der Flexibilisierung*, www.labournet.de

www.connex-av.de

Zeitung deutsch-ausländischer MetallerInnen bei Daimler-Benz Hamburg-Harburg, ebda., September 1999, in: www.labournet.de